

Aktenzeichen:  
15 OH 1003/62

O 1489 B - Ra 5719 - BV 20

Verkündet am  
3. April 1963

Röper

als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle.

### B e s c h l u ß

#### In der Rückerstattungssache

des Herrn Joseph Braunsberg,  
geboren am 25. 2. 1909, wohnhaft 45 Elsworth Road,  
London NW 3,

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. F. Suhr,  
Hannover, Karmarschstr. 4,

gegen

das Deutsche Reich,

Antragsgegner,

dieses gemäß § 9 BRUG vertreten durch den Bundesminister  
der Finanzen, Bonn, dieser vertreten durch die Ober-  
finanzdirektion Bremen, Bundesvermögens- und Bauabteilung,

Verfahrensbevollmächtigter: Oberregierungsrat Dr. Dickhuth  
in Bremen,

hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen  
auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 20. März 1963  
unter Mitwirkung der Richter

Landgerichtsdirektor Beutler

Landgerichtsrat Lossow

Landgerichtsrat Voss

beschlossen:

Der Antragsgegner wird verurteilt,  
an den Antragsteller

DM 16.500,--

(i. W.: Sechzehntausendfünfhundert Deutsche Mark)  
nach Maßgabe des Bundesrückerstattungsgesetzes  
zu zahlen.





Im übrigen wird der Antrag als unbegründet zurückgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller zu 7/15, der Antragsgegner zu 8/15.

### G r ü n d e .

Der Antragsteller ist im August 1939 wegen seiner jüdischen Abstammung von Hannover nach England ausgewandert. Sein Umzugsgut wurde erst nach seiner Auswanderung in Gegenwart seiner Eltern unter der Aufsicht der Zollbeamten des Zollamts Hannover verpackt und der Lift alsdann von der Speditionsfirma Neukirch in Bremen im Auftrage des Vaters des Antragstellers, des inzwischen verstorbenen Julius Braunsberg, abgeholt. Nach dem Umzugsgutverzeichnis des Obergerichtsvollziehers Wendt, Hannover, vom 6. März 1940 sind in dem Lift folgende Gegenstände verpackt worden:

- |  |   |
|--|---|
| 1 eiserne Bettstelle, weiß lack. m/Matratze, aufgearb. |   |
| 2 Steppdecken ohne Stoffbezug                          | 2 kl. Ledersessel                       |
| 1 Oberbett   | 1 kl. Sofa m/Stoffbezug                 |
| 1 Kissen   | 1 gepolsterte Bank                      |
| 1 Chaiselongue, aufgearbeitet,                         | 2 " " Sessel                            |
| 1 Lampe  | 1 Oberbett                              |
| 1 Nachtschrank   | 1 Kissen                                |
| 1 Nachttischlampe                                      | 1 Matratze, dreiteilig                  |
| 1 Teppich ca. 2 x 3                                    | 1 Garnitur Balkonmöbel, aufgearbeitet   |
| 1 Kleiderschrank, weiß lack.                           | 12 Frottierhandtücher                   |
| 2 Stühle   | 2 Badelaken                             |
| 1 Zimmerlampe  | 12 Kissenbezüge                         |
| 1 Teppich 3 x 4  | 8 Bettbezüge                            |
| 1 Teppich 3 x 4  | 8 Betttücher                            |
| 1 Tischlampe   | 15 Tischtücher                          |
| 1 Buffet hell poliert                                  | 21 Servietten                           |
| 1 Kredenz " "  | 12 Wischtücher                          |
| 1 Geschirrschrank                                      | 4 Überschlaglaken                       |
| 10 Stühle  | 12 Geschirrtücher                       |
| 1 Ausziehtisch   | 24 Handtücher                           |
| 1 kl. runder Tisch                                     | 3 Kaffeedecken, bunt                    |
| 1 Schrank m/Schnitzarbeit                              | 60 Porzellanteller, verschiedene Größen |
| 1 Truhe m/ Schnitzarbeit                               | 50 Wasser- und Weingläser               |
| 1 runder Tisch   |   |



ca. 150 Bücher  
je 6 verschiedene Glaskochtöpfe m/ Einsatz  
12 Stück Eßbestecke, Fischbestecke und Dessertbestecke,  
Löffel (Wellner)  
24 Teelöffel  
3 verschiedene Löffel für Gemüse usw.  
1 Tranchierbesteck  
1 Vorlegelöffel  
1 Tortenheber  
2 Aufschnittgabeln  
1 Butter- und Käsebesteck  
6 Tassen  
6 Teller  
1 Milchguss  
1 Zuckerdose  
1 Kaffeekanne  
1 Teekanne  
12 Obstteller  
2 Kontortische alt.

Aufgrund des von Obergerichtsvollzieher Wendt festgestellten Taxwertes hat der Vater des Antragstellers am 2. April 1940 die für die Ausfuhrgenehmigung erforderliche Abgabe von 1.310,-- RM an die Deutsche Golddiskontbank Berlin entrichtet. Darauf wurde die Verbringung des Umzugsgutes in das Ausland vom Oberfinanzpräsidenten Hannover unter dem 4. April 1940 genehmigt.

Da der Lift mit dem Umzugsgut ihn nicht erreicht hat, wurde für dessen Verlust zusammen mit anderen Entschädigungsansprüchen beim Regierungspräsidenten in Hannover vom Antragsteller am 13. September 1956 ein Entschädigungsanspruch geltend gemacht, der später an das Landesamt für Wiedergutmachung in Bremen verwiesen wurde.

Mit Beschluß vom 8. März 1962 hat das Landesamt für Wiedergutmachung die Sache gemäß Art. 63 Ziffer 1 MRG 59 an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bremen verwiesen, da eine gütliche Einigung nicht zustande gekommen ist.

Der Antragsteller ist der Ansicht, es sei in ausreichender Weise wahrscheinlich gemacht, daß der Lift in Bremen eingelagert und dort beschlagnahmt worden sei. Es stehe für ihn fest, daß er von dem Spediteur Neukirch nach Bremen geschafft worden und eingelagert worden sei. Der Vater des Antragstellers habe zwar zunächst erklärt, der Lift sei in Antwerpen ausgeraubt worden, wie ihm die Firma Neukirch mitgeteilt habe, während er später erklärt habe, der Lift sei nach Mitteilung der Firma Neukirch



in bombenzerstörten Lagerhäusern im Zentrum von Bremen vernichtet worden. Diese Angaben und auch die zeitlichen Angaben über die Abholung - September 1939 - beruhten jedoch auf offensichtlichen Erinnerungsfehlern des Vaters des Antragstellers. Dieser habe aber genau erinnert, eine Rechnung der Firma Neukirch über Einlagerungsgebühren und eine Mitteilung einer NS-Behörde in Bremen erhalten zu haben, daß der Lift von dieser Stelle beschlagnahmt worden sei. Diese Mitteilung dürfte dem Vater des Antragstellers im November 1940, nicht 1939, wie dieser gemeint habe, zugegangen sein. Diese Darstellung werde auch von der Mutter des Antragstellers bestätigt. Daß im April 1940 eine direkte Verschiffung über Bremen nicht mehr möglich war, stehe einer Verbringung des Lifts nach Bremen, um ihn etwa über Belgien weiterzuleiten, nicht entgegen.

Der Antragsteller steht auf dem Standpunkt, daß unter den dargelegten Umständen davon ausgegangen werden müsse, daß das Umzugsgut dem Antragsteller von dem Antragsgegner in Bremen entzogen worden ist und der Antragsgegner daher Ersatz für das Umzugsgut zu leisten habe.

Der Antragsteller beantragt,  
den Antragsgegner zu verurteilen,  
an den Antragsteller eine Entschädigung  
von 30 000,-- DM zu zahlen sowie die  
außergerichtlichen Kosten des Antragstellers  
zu tragen.

Der Antragsgegner beantragt,  
den Anspruch des Antragstellers wegen der  
Entziehung seines Umzugsgutes zurückzuweisen.

Er trägt vor, der Antragsteller habe zwar seine gemäß § 30 BRUG von dem Herrn Regierungspräsidenten in Hannover - Entschädigungsbehörde - an das Landesamt für Wiedergutmachung Bremen verwiesene Anmeldung wegen anlässlich seiner Auswanderung entzogenen Umzugsgutes fristgerecht angebracht, doch habe nicht nachgewiesen werden können, daß das Umzugsgut in Bremen gelagert hat und zugunsten des Deutschen Reiches entzogen worden ist. Weder der Zeuge Heino Neukirch noch die Mutter des Antragstellers



hätten mit Sicherheit bestätigen können, daß der Lift nach Bremen verschickt wurde. Berücksichtige man ferner die verschiedenen Darstellungen des Vaters des Antragstellers zu diesem Sachverhalt, könne die Berechtigung eines rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruches des Antragstellers gegen den Antragsgegner nicht anerkannt werden.

Für den weiteren Sachvortrag wird auf den Akteninhalt Bezug genommen.

Es ist Beweis erhoben worden gemäß den Beweisbeschlüssen vom 18. 4. 1962 (Bl. 54 d.A.) und 12. 12. 1962 (Bl. 90 d.A.) durch Vernehmung der Zeugen Heino Neukirch (Bl. 60 d.A.) und Therese Braunsberg (Bl. 77 d.A.) sowie Einholung der Auskunft der Spedition Fr. Naumann senr. (Bl. 62 d.A.) und des Gutachtens des Sachverständigen Warnke (Bl. 94 d.A.). Auf den Inhalt der Beschlüsse, der Vernehmungsniederschriften, der Auskunft und des Gutachtens wird verwiesen.

Dem Gericht haben die Akten des Regierungspräsidenten - Entschädigungsbehörde - Hannover EB VII - 1/23453 - B - und des Oberfinanzpräsidenten Hannover - Devisenstelle - Aktenzeichen 528/39 (B 870), beide den Antragsteller betreffend, vorgelegen. Auf ihren Inhalt und den übrigen Akteninhalt wird Bezug genommen.

Der Rückerstattungsanspruch ist gemäß § 27 BRÜG vom Antragsteller rechtzeitig angemeldet worden; er erweist sich sachlich jedoch nur teilweise als begründet.

Dem Grunde nach erachtet das Gericht eine Entziehung des Umzugsgutes des Antragstellers durch Beschlagnahme in Bremen gemäß § 1 Abs. 1 oder Abs. 2 Ziffer 3, § 2, § 11 Abs. 1 a BRÜG, Art. 1, 2 Mil.Reg.Ges. Nr. 59 für gegeben. Eine Ersatzpflicht des Antragsgegners in Geld wegen Unmöglichkeit der Herausgabe des im Wege widerrechtlicher Wegnahme erlangten Umzugsgutes ergibt sich aus Art. 30 Mil.Reg.Ges. Nr. 59, und zwar nach § 16 BRÜG in Höhe des Wiederbeschaffungswertes am 1. April 1956 ~~und~~ unter Berücksichtigung des Zustandes der entzogenen Sachen im Zeitpunkt der Entziehung. Die Kammer vermag nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und den vorliegenden Unterlagen zwar nicht



festzustellen, ob die Entziehung durch das Reich oder die ehemalige NSDAP, deren Gliederungen, angeschlossene Verbände oder die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen erfolgt ist, doch kommen andere Stellen für die Entziehung nicht in Betracht, so daß der Anspruch gegen den Antragsgegner geltend zu machen ist, da er oder eine ihm gleichgestellte Organisation oder Stelle das Eigentum an dem Umzugsgut des Antragstellers mit hoher Wahrscheinlichkeit erlangt hat. Die vom Antragsgegner gegen die Anerkennung des Anspruchs des Antragstellers allein deshalb erhobener Bedenken, weil er meint, eine sichere Feststellung dahin, daß der Lift tatsächlich nach Bremen verschickt wurde, lasse sich nicht treffen, teilt das Gericht nicht. Entgegen der Ansicht des Antragsgegners, der dabei die zeitlich unzutreffenden Angaben des Vaters des Antragstellers berücksichtigt, steht nach der Akte des Oberfinanzpräsidenten in Hannover und den glaubhaften, wegen der Erinnerung an die Jahreszeit näher begründeten Bekundungen der Mutter des Antragstellers fest, daß die Verpackung des Umzugsgutes im Frühjahr 1940 erfolgt ist. Das Umzugsgutverzeichnis ist nämlich von dem Obergerichtsvollzieher Wendt erst am 6. März 1940 gefertigt und die DEGO-Abgabe am 2. April 1940 entrichtet worden. Da erst unter dem 4. April 1940 die Ausfuhrgenehmigung der Devisenstelle in Hannover erteilt wurde, ist nach alledem davon auszugehen, daß der Lift erst im Laufe des April 1940 von Hannover nach Bremen gelangt ist. Der Zeuge Heino Neukirch hat, was der Antragsgegner gleichfalls verkennt, mit Sicherheit bekundet, den Verpackungsauftrag von Umzugsgut, das per Lift nach England geschickt werden sollte, von der Mutter des Antragstellers erhalten und den Auftrag ausgeführt zu haben. Er erinnert sich auch, daß der Lift nach Bremen gelangt ist, vermag jedoch über den Zeitpunkt der Ankunft und sein weiteres Schicksal nichts mehr zu erinnern. Er hält es für möglich, daß der Lift in Bremen beschlagnahmt worden ist, meint jedoch, daß fertige Liftvans normalerweise direkt zur Lagerhausgesellschaft kamen und nicht in den eigenen Lagerhäusern der Firma Neukirch gelagert wurden. Da praktisch nach der Aussage des Zeugen Neukirch nur eine Verschiffung des Umzugsgutes über Rotterdam nach England in Betracht kam, diese Möglichkeit mit Beginn des Westfeldzuges am 10. Mai 1940 aber nicht mehr



62

- 7 -

offenstand, erscheint es <sup>daß es nicht mehr gelungen ist,</sup> naheliegend, den erst im Laufe des April 1940 in Bremen angelieferten Lift noch rechtzeitig zur Verschiffung nach Holland zu bringen, so daß er doch zunächst in Bremen eingelagert wurde und hier der Beschlagnahme verfiel. Die hohe Wahrscheinlichkeit für diesen Verlauf bestätigt die Mutter des Antragstellers, die nach ihrer Aussage erinnert, daß ihr Mann ihr im Sommer 1940, etwa 1 Jahr vor ihrer eigenen Auswanderung im August 1941, den Brief einer deutschen Dienststelle gezeigt habe, wonach der Lift des Antragstellers beschlagnahmt worden sei. Das ist der Mutter des Antragstellers nach ihrer Bekundung deshalb so gut in Erinnerung geblieben, weil um diese Zeit von einem Lagerhaus in Bremen eine Rechnung über Standgeld für den beschlagnahmten Lift bei ihnen eingegangen sei, was sie als ein Kuriosum betrachtet hätten. Schließlich muß bei einem Transport durch die Firma Neukirch die Vorbringung des Lifts zunächst nach Bremen als der Normalfall angesehen werden. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände lassen sich kaum Zweifel daran rechtfertigen, daß der Lift des Antragstellers tatsächlich nach Bremen gelangt ist. Bei dieser Sachlage mußte nach Ansicht des Gerichts der Antragsgegner den anderweitigen Verbleib und die Nichtbeschlagnahme des Lifts beweisen, wozu er außerstande ist. Wegen der Höhe des Anspruchs folgt das Gericht dem nach dem vorliegenden Verzeichnis über den Inhalt des Lifts zutreffend erscheinenden Gutachten des Sachverständigen Warnke, der unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der entzogenen Gegenstände, soweit darüber verwertbare Angaben des Antragstellers vorliegen, den Wiederbeschaffungswert per 1. April 1956 auf 15 - 18 000,— DM geschätzt hat. Das Gericht hat als Schadensersatzbetrag das Mittel der Schätzung, nämlich 16 500,— DM, als angemessen erachtet und dem Antragsteller demgemäß diesen Betrag zugesprochen und den weitergehenden Antrag zurückgewiesen.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 72 des Mil.Reg.Ges. Nr. 59 in Verbindung mit §§ 91, 92 ZPO.

Beutler

Lossow

Voss



Für die Ausfertigung:

*[Handwritten signature]*  
Justizangestellter

als Landgerichtsdirektor der Geschäftsstelle  
des Landgerichts.